



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Endgültige Schließung des Hallenbads in Karlsfeld

Michael Schrodi: „Nicht genutztes Geld jetzt in andere Projekte investieren“
– Bauministerium nennt Rückzug der Gemeinde „bedauerlich“.

Berlin, 12.04.2023

Michael Schrodi, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.417
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Wahlkreisbüro :

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142-501 05 89
Fax: +49 8142-501 39 62
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion

Mitglied im Finanzausschuss

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss
für Umwelt, Naturschutz, nukleare
Sicherheit und Verbraucherschutz

Nach einer schriftlichen Auskunft des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen über den Verbleib der Bundesmittel, die ursprünglich für die Sanierung des Karlsfelder Hallenbads freigegeben wurden, spricht sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi für die Förderung von anderen Projekten in Fürstenfeldbruck und Dachau aus. „Wir haben genug Baustellen in unseren Landkreisen. Wir sollten dafür sorgen, dass das Geld nun an anderer Stelle sinnvoll investiert wird“, so Schrodi.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte in seiner Sitzung am 14. Dezember 2022 die Förderung von 148 Projekten im Rahmen der Förderrunde 2022 des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur (SJK)“ beschlossen. Für die Sanierung des Hallenbades der Gemeinde Karlsfeld wurden 5 150 499 Euro bereitgestellt. Nach der Entscheidung des Karlsfelder Gemeinderates und des Karlsfelder Bürgermeisters Steffan Kolbe (CSU), das Hallenbad in Karlsfeld trotz einer finanziellen Förderung des Bundes endgültig zu schließen, setzt sich Schrodi nun für den Verbleib der Fördergelder in der Region ein. Als Abgeordneter für Fürstenfeldbruck und Dachau hatte sich Schrodi, der auch finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ist, über den Verbleib der 5,1 Millionen Euro beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen informiert. In einem Schreiben vom 3. April schreibt der Parlamentarische Staatssekretär Sören Bartol (SPD): „Die dadurch freiwerdenden Mittel können im Rahmen des geplanten neuen Projektauftrags 2023 für ein anderes Projekt neu vergeben werden.“ Das Bundesministerium nennt die Entscheidung der Gemeinde Karlsfeld „bedauerlich“.

Für Schrodi ist damit klar, dass man an der Förderung von anderen Projekten in den beiden Landkreisen arbeiten muss. „Es ist schade, dass die Gemeinde und der Bürgermeister trotz eines bewilligten Förderantrages nicht in der Lage sind, die



notwendigen Mittel aufzubringen und das Hallenbad zu retten. Der Freistaat Bayern hat hierzu keinen einzigen Euro für das Hallenbad bereitgestellt und so die Gemeinde alleine gelassen. Nun müssen wir aber nach vorne schauen und dafür sorgen, dass die Region trotzdem von den bereitgestellten Bundesmitteln profitiert.“